

Ruhrgebiets-AG

„Soziale Grundrechte – stoppt die Hartz-Pläne!“

im Soziokulturellen Zentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108 – 44894 Bochum

An

- den DGB Landesverband NRW
- die DGB Regionen
Östliches Ruhrgebiet, Emscher-Lippe, Ruhr-Mark, Essen-Mühlheim-Oberhausen,
- die Landesleiter der Einzelgewerkschaften in NRW

Bochum, 24. Februar 2003

„Solche Kürzungen bei den Schwächsten der Gesellschaft werden auf massiven Widerstand stoßen“, Michael Sommer (SZ 29.01.03)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit diesem Brief möchten wir Sie/Euch auffordern, Euch mit uns im Sinne der o.a. Forderung von Michael Sommer beim unserem Widerstand gegen die laufenden Kürzungen für die Schwächsten der Gesellschaft zu solidarisch und zu unterstützen.

Wir sind ein regionales Bündnis, dass sich vor kurzem gegründet hat, um gegen die anhaltende soziale Demontage in unserem Lande mobil zu machen. Gründungsmitglieder sind zahlreiche Menschen aus dem Ruhrgebiet, die engagiert sind in **Gewerkschaften, Betriebsräten, Parteien, sozialen Verbänden und Initiativen**.

Nach Auffassung der Gründungsmitglieder der AG steht im Mittelpunkt der derzeitigen neoliberalen Sozial- und Verteilungspolitik mit dem Schlagwort "Modernisierung des Sozialstaates" dessen Abschaffung. Dabei ging es zunächst um das Rentensystem, aktuell um die gesundheitliche Versorgung und insbesondere um die Arbeitslosenversicherung.

Hierbei sind die von Wirtschaft und Regierung verfolgten "**Hartz-Pläne**" die vermutlich **massivsten Angriffe auf grundlegende Standards und soziale Grundrechte der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit seit Bestehen der Bundesrepublik**. Der Erfolg des gesamten „Hartz-Pakets“ wird vom IBA (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit) trotz anziehen der Konjunktur im günstigsten Fall mit maximal 200 000 Arbeitsplätzen prognostiziert.

Die AG erblickt in dieser neuen Wirtschafts- und „Sozial“politik einen totalen Paradigmenwechsel hin zu einem **anti-sozialstaatlichen System**.

Nachdem in immer mehr Betrieben und Regionen die Empörung über diese Politik wächst, setzt die AG auf breite Information und Aufklärung. Einen „Offenen Brief“ gerichtet an Vertreter der SPD und B90/Grünen fügen wir zu Ihrer/Eurer Kenntnis bei.

Die beigefügten Presseartikel beschreiben sehr klar, was sozialpolitisch in Deutschland angeordnet wurde und noch an sozialen Grausamkeiten geplant ist.

Aktuell werden – in wessen Namen auch immer – Tarifverhandlungen für Leiharbeit geführt, obwohl das neue Gesetz gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen verlangt. **Was soll das? In Frankreich bekommen Leiharbeiter** für ihre erhöhten Anforderungen (Abrufbarkeit, wechselnde Einsatzorte ...) einen **10 % Aufschlag auf den Lohn ! und nicht wie wir befürchten, entsprechend der Clementschen Forderung eine Verringerung um ca. 20 % !**

Die geplante Förderung der Leiharbeit trifft nicht nur die Erwerbslosen, sondern ist in erster Linie ein Angriff auf die Löhne der Beschäftigten, ein Angriff, den die Unternehmer mit Hilfe der rot-grünen Regierung durchsetzen. **Warum machen maßgebliche Gewerkschaftsfunktionäre dies mit ? ... !!! Darauf erwarten wir von Euch Antworten.**

Wir Gewerkschaftsmitglieder werden alles tun, um den Widerstand dagegen voranzubringen !

Wir fordern Euch auf, mit uns laut und deutlich diejenigen zu bekämpfen, die das Sozialsystem zerschlagen wollen.

Sie sind nicht nur bei den Unternehmern und deren Verbänden zu finden – nein es gibt sie auch zahlreich in der SPD (Neue Mitte) und dem neoliberalen Partner B 90 / Grüne!

Es gibt bereits bundesweit unzählige Resolutionen und Gewerkschaftsbeschlüsse der Gewerkschaftsbasis (vor allem von ver.di und IG Metall), die sich gegen Hartz, gegen PSA-Tarifverträge, gegen Arbeitslosenhilfestreichung und gegen Sozialabbau im allgemeinen richten. Wir erwarten von Euch, solche Beschlüsse und Resolutionen auch auf den höchsten Beschlussebenen der Gewerkschaften zu verabschieden und damit den gemeinsamen Kampf gegen die Demontage des Sozialstaates zu stärken.

Kürzlich verkündete erneut „Superminister“ Clement stolz öffentlich die Summe von ca. 3 Mrd. €, die 2003 bei den Arbeitslosen eingespart werden soll !

Die verfehlte Gesellschafts- und Steuerpolitik früherer CDU/CSU/FDP-Regierungen wird seit 1998 nun auch verstärkt von einer rot-grünen Regierung - wieder einmal mehr auf den Knochen der Schwächsten ausgetragen !

Aufgrund der rot-grünen Unternehmenssteuer-„Reform“ 2000 fehlten in den öffentlichen Kassen allein 2001 und 2002 ca. 48,8 Mrd. an Körperschaftssteuern ! Die Unternehmer haben das Geld sofort genommen – aber Arbeitsplätze wurden dadurch nicht geschaffen !

- 3 -

- 3 -

Immer mehr ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose fühlen sich von dieser Schröder/Clement-Politik nicht mehr vertreten wie die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen doch deutlich gezeigt haben ! Allerdings kann das schwarz-gelbe Lager nicht die Alternative gegen die weitere Zerschlagung unserer sozialstaatlichen Gesellschaft sein !

Nur wenn es gelingt, mit den Gewerkschaften - den Millionen Erwerbslosen mit ihren Angehörigen im Verbund mit den ebenfalls vom Sozialabbau (Lohndumping, ...) direkt betroffenen abhängig Beschäftigten – diesen Kampf gemeinsam zu führen, können wir den eingeschlagenen Kurs rückgängig machen und stoppen !!! Wir erwarten daher von Euch Vorschläge, wie wir die Abwehr gemeinsam führen wollen.

In Erwartung Eurer Antworten

mit solidarischen Grüßen

P.S. 1982: Der DGB fordert das Verbot der Leiharbeit !
2002: Der DGB fordert Tarifverträge für Leiharbeit.
2022: Der DGB hat sich aufgelöst

Anlagen:

- Offener Brief an Verantwortliche in SPD und B 90/Grünen
- Die Maschen des sozialen Netzes sind weiter, als viele Bürger glauben (WAZ 05.02.03)
- Tiefe Einschnitte für die meisten Arbeitslosen (WAZ 18. Jan. 2003)

und Hinweis auf weitere Veröffentlichungen:

- Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten - Steuergerechtigkeit jetzt! (ver.di 01/03)
- Clement will Geld für Arbeitslose kürzen (SZ 29. Jan. 2003)
- **Ich-AG: Unwort des Jahres 2002.** Ausschlaggebend für die Wahl war die **Herabstufung von menschlichen Schicksalen** auf ein sprachliches Börsenniveau (Prof. Schlosser 21.01.2003)

Zur Kenntnis an

Sozialverband Deutschland e.V.
Landesverband NRW – Daniel Kreutz
Westfälische Landeskirche
Rheinische Kirche - , Düsseldorf
KOS, Bielefeld
Institut für Arbeit u....., Iserlohn
ISO Köln
Attac Frankfurt / M

- stoppt die Hartz-Pläne!”

im Soziokulturellen Zentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108 – 44809 Bochum
